



**www.bausteine.igm.de – Aktion und Beispiele**

Seiten 2 und 3



**Kurswechsel für Europa!**

Karlsruher Erklärung auf Seite 4

## Übernahme, Leiharbeit, Tarifvertrag KQB:

# IG Metall will Ergebnisse noch vor der Tarifrunde

Die IG Metall Baden-Württemberg macht Druck: In den nächsten Wochen werden in den Betrieben Bausteine gegen prekäre Beschäftigung gesammelt. Das Motto dabei: Jeden Tag eine gute Tat. »Jede betriebliche Regelung zur Verbesserung bei Leiharbeit und der Übernahme von Azubis ist ein Argument mehr dafür, dass tarifliche Regelungen möglich und notwendig sind«, sagte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Bisher habe sich in den Gesprächen zu den Forderungen der IG Metall nicht viel bewegt.

Die Arbeitgeber sind öffentlich bisher nur mit ablehnenden Aussagen zu diesen Forderungen aufgefallen, berichtete Jörg Hofmann der Großen Tarifkommission. So sprach Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser von der Azubi-Übernahme als einem »tariflichen Zwang zur flächendeckenden Verbeamtung von Fünfzehnjährigen«. Südwestmetall-Chef Rainer Dulger meinte zur Leiharbeit: »Mitbestimmung ist grundsätzlich eine gute Sache, geht aber in die falsche Richtung.«

»Die betrieblichen Praktiker haben den Regelungsbedarf in diesen Fragen längst erkannt«, sagte dagegen Jörg Hofmann: »Wir handeln in den Betrieben, während sich Südwestmetall ideologisch einmauert.« Tatsache sei, so der Bezirksleiter: »Leiharbeit und Werkverträge sind ungebremst auf dem Vormarsch. Immer mehr junge Menschen stehen am Ende der Ausbildung ohne feste Übernahme da. Wir tun etwas dagegen. Aber das entbindet die Tarifparteien nicht von der Pflicht, tarifliche Regelungen zu finden.«

Die IG Metall will tarifliche Regelungen möglichst vor der Entgeltrunde 2012 erreichen. In ihrer nächsten Sitzung am 8. Dezember wird sich die Tarifkommission erstmals mit einer Forderungsstruktur für die Entgeltrunde 2012 befassen. »Zeit für die Diskussion in den Betrieben darüber ist dann im Januar und Februar«, so Hofmann. Am 8. Dezember könnte auch der Tarifvertrag KQB gekündigt werden, sollten bis dahin keine mit Südwestmetall gefundenen Ergebnisse vorliegen: »Dann sind wir handlungsfähig.«

Der von der Großen Tarifkommission im September beschlossene Forderungsrahmen steht unverändert:

- Unbefristete Übernahme der Azubis
- Mehr Mitspracherechte bei der Regelung von Leiharbeit
- Fortführung des Tarifvertrags Kurzarbeit, Qualifizierung, Beschäftigung (KQB)

**www.bausteine.igm.de**

Bausteine gegen prekäre Beschäftigung

Leiharbeit und Werkverträge sind ungebremst auf dem Vormarsch. Immer mehr junge Menschen stehen am Ende der Ausbildung ohne feste Übernahme da. Wir tun etwas dagegen. Jeden Tag.

# www.bausteine.igm.de

**AZUBIS  
FEST ÜBER-  
NEHMEN!**

Die junge Generation braucht Perspektiven. Die Betriebe brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs. Deshalb Azubis nach der Ausbildung fest übernehmen. Unser Ziel: Arbeit – sicher und fair!

KURSWECHSEL FÜR EIN  
**GUTES LEBEN**

**GEFÄLLT MIR!**

www.ba.igm.de

f Twitter YouTube

**STRATEGIE  
ARBEIT – SICHER UND FAIR  
ZUKUNFT**

## Unsere Aktion: Bausteine gegen prekäre Beschäftigung

Schon jetzt gibt es viele Regelungen zur unbefristeten Übernahme von Azubis und zur Regelung von Leiharbeit. Noch viele, viele mehr sollen es werden in den nächsten Wochen. Damit setzen wir die Arbeitgeber unter Druck, um endlich tarifliche Regelungen dafür zu erreichen.

Die IG Metall hat die Aktion »Bausteine gegen prekäre Beschäftigung« gestartet. Damit soll symbolisch ein Wall gegen diese Arbeitsbedingungen und schlechte Perspektiven für die Jugend errichtet werden. Jede neue betriebliche Vereinbarung ist dabei ein zusätzlicher Baustein.

Die IG Metall dokumentiert diese Bausteine unter anderem im Internet auf der **Webseite [www.bausteine.igm.de](http://www.bausteine.igm.de)**. Dort sind bereits zahlreiche

Vereinbarungen eingestellt, laufend kommen neue hinzu.

Zudem werden in einem wöchentlichen Newsletter die

jeweils neuesten Vereinbarungen aufgelistet.

Durch die Vernetzung über Facebook, Twitter und YouTube wird öffentlich sichtbar, was die IG Metall in den Betrieben für Leiharbeiter und Azubis regelt. Außerdem werden Plakate und ein Film an LED-Wänden und auf Kinoleinwänden die Öffentlichkeit weiter auf die Themen aufmerksam machen.

Die Bausteine sind direkte Maßnahmen für die Betroffenen. Jeder Baustein ist von den Metallerrinnen und Metallern in Baden-Württemberg hart erkämpft und verhandelt.



## Regelungen zu Übernahme und Leiharbeit

# Gute Beispiele aus den Betrieben

- **Weber in Güglingen:** Die Anzahl an Leiharbeitnehmern wurde im Betrieb auf 20 begrenzt. Bei Weber arbeiten etwa 500 Beschäftigte.
- Bei **Neff in Bretten** (rund 1300 Beschäftigte) gibt es eine Quote von höchstens 8 Prozent Leiharbeitnehmern.
- Bei **Hengstler in Hausach** (100 Beschäftigte) werden Leiharbeiter nach spätestens 6 Monaten übernommen.
- Bei **Röhm in Sontheim** (1000 Beschäftigte) wurde die Leiharbeitsquote auf 5 Prozent der Belegschaft begrenzt. Es dürfen nur maximal 25 Leiharbeitnehmer in den unteren, weitere 25 in oberen Entgeltgruppen beschäftigt werden. Der Einsatz ist auf 6 Monate begrenzt, mit Zustimmung des Betriebsrats sind weitere 6 Monate möglich.
- Nach 12 Monaten muss befristet oder fest übernommen werden. Der Geschäftsführer ist Vorsitzender der Südwestmetall-Bezirksgruppe.
- Bei **Haldex in Heidelberg** war seit Krisenbeginn 2008 fast ein Viertel der Gewerblichen in der Montage nur befristet beschäftigt. Durch Druck von Belegschaft, Vertrauenskörper und Betriebsrat wurde erreicht, dass die 14 Betroffenen unbefristet übernommen wurden. Sonst hätten sie nur bis Ende 2011 bleiben können.
- Bei **Kolbenschmidt/KS ATAG Heilbronn** (1000 Beschäftigte) wurde die Übernahme von 89 befristet Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bis Ende 2011 vereinbart. Außerdem gibt es für Leiharbeiter ein höheres Entgelt.
- Bei **Stihl in Waiblingen** (rund 3300 Beschäftigte) hat der Betriebsrat mit dem Unternehmen die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden vereinbart. Diese Regelung gilt auch für Studierende an der Dualen Hochschule.
- Bei **Recaro Aircraft Seating Schwäbisch Hall** erhalten Leiharbeiter das gleiche Grundentgelt wie die Stammbesellschaft.
- Bei **Alstom Power System in Mannheim** gilt die unbefristete Übernahme von mindestens 68 Prozent der Auszubildenden in den Jahren 2012, 2013 und 2014, mit Option auch für 2015 und 2016. Der Betriebsrat wird bei der Vergabe von Werkverträgen von über 100 000 Euro beteiligt.
- Bei **ALR Automotive Lighting in Reutlingen** gilt, dass Leiharbeit nur in Ausnahmefällen zulässig ist. Wenn Leiharbeit, dann nur bei gleicher Bezahlung – volles Equal Pay.
- Bei **Georg Fischer in Singen** werden die Azubis unbefristet übernommen. Die Leiharbeiter erhalten mindestens einen Stundensatz von 12,30 Euro.
- Bei **R. Stahl in Waldenburg** erhalten Leiharbeiter das gleiche Grundentgelt wie die Stammbesellschaft. Bei längerem Einsatz bekommen sie dann auch 10 Prozent Leistungszulage.
- Bei **ebm-papst in St. Georgen** können Leiharbeiter maximal 6 Monate eingesetzt werden, danach werden sie fest übernommen. Außerdem zahlt die Firma einen Entgeltzuschuss auf mindestens 12 Euro pro Stunde.

**SICHERE JOBS STATT LEIHARBEIT!**

Leiharbeit benachteiligt. Finanziell, beruflich und gesundheitlich. Und Leiharbeit spaltet die Belegschaften. Wir tun etwas dagegen. Unser Ziel: Arbeit – sicher und fair!

KURSWECHSEL FÜR EIN GUTES LEBEN

IGM  
Jahreslohn Baden-Württemberg

**GEFÄLLT MIR!**

www.bw.igm.de

f Twitter YouTube

**STRATEGIE ARBEIT - SICHER UND FAIR ZUKUNFT**

# Die Karlsruher Erklärung der IG Metall: Kurswechsel für Europa!

**Die Staatsschuldenkrise in Europa schlägt sich langsam auch auf die Realwirtschaft durch, sagte IG Metall-Betriebsleiter Jörg Hofmann bei der Sitzung der Großen Tarifkommission. Die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 2012 seien deshalb sehr unsicher geworden und belasten damit auch die kommende Entgelttrunde.**

Die IG Metall hat zur Bewältigung dieser Krise bereits bei ihrem Gewerkschaftstag in Karlsruhe einen entschiedenen und sofortigen Kurswechsel gefordert – in der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung hin zu einem demokratischen, ökologischen und sozialen Europa!

In ihrer »Karlsruher Erklärung« haben die Delegierten des 22. Gewerkschaftstags in Karlsruhe beschlossen, die europäischen Gewerkschaftsbünde aufzufordern, eine gemeinsame Plattform und Aktionsplanung zu erarbeiten.

Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass die europäischen Gewerkschaften mit einer einheitlichen und machtvollen Stimme die Interessen der Beschäftigten in die politischen Entscheidungsprozesse Europas einbringen. Dazu haben die Delegierten des 22. Ordentlichen Gewerkschaftstags in Karlsruhe die »Karlsruher Erklärung« verabschiedet.

## **Gemeinsame Plattform und Aktionsplanung**

Die Erklärung sieht vor, den Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) mit der Erarbeitung einer Plattform sowie einer Aktionsplanung für die europäischen Gewerkschaften zu erarbeiten, um das gemeinsame Vorgehen zu koordinieren.

## **Der Kurswechsel**

Statt zögerlichem Taktieren braucht Europa einen entschiedenen und sofortigen Kurswechsel in der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung.

**Ziel muss ein demokratisches, ökologisches und soziales Europa sein. Dazu gehören:**

- die Schaffung einer demokratisch legitimierten europäischen Wirtschafts- und Finanzregierung, die Korridore der Einnahmen- und Ausgabenpolitik sowie Vorgaben für die Verschuldung der Euro-Staaten vereinbaren und durchsetzen kann;
- die Festigung eines sozialen Europas durch einheitliche Mindeststandards für sichere und faire Arbeit: Hierzu gehört die Eindämmung des Niedriglohnssektors und der grenzenlosen Flexibilisierung des Arbeitsmarkts;
- mehr Zukunftsperspektiven der Jugend Europas durch

Bildung und bessere Übergänge in den Arbeitsmarkt. Hierzu gehört eine stärkere Mitverantwortung der Arbeitgeber für die Ausbildung der Jugend; die Ausweitung von betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa, um ein starkes Gegengewicht gegen die Shareholder-Interessen zu schaffen;

- die Festlegung gerechter Besteuerungskorridore für alle EU-Mitgliedsländer, insbesondere in der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung und auch in der Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften;

- ein europäischer Solidaripakt in Bildung, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur, um so die wirtschaftliche Dynamik und Konvergenz zu fördern;

- die Schaffung einer europäischen Aufsichtsbehörde über alle Akteure und Geschäfte an den Finanzmärkten, die vollständige Haftung der Finanzmarktakteure für ihre Geschäfte (Spekulationsversicherungsfonds) sowie die Einführung einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) zur Finanzierung des europäischen Solidaripaktes.

Die Krise in Europa hat viele Ursachen. Sie ist einerseits eine Folge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise. Andererseits sind die Ursachen in der unzureichenden

Politik vieler Mitgliedsstaaten der EU zu finden.

## **Die Krise und ihre Ursachen**

Klar ist aber: Die jahrzehntelange Deregulierung der Finanzmärkte und die falsche Orientierung am Shareholder-Value, die Umverteilung von Einkommen von den Leistungsträgern der Gesellschaft hin zu den Vermögenden der Reichen, die Schaffung des einheitlichen Euro-Währungsraums ohne eine gemeinsame demokratisch verankerte Finanz- und Wirtschaftsregierung haben die heutigen Verschuldungsprobleme und die Destabilisierung in Europa erst hervorgerufen.

Europa wird aber nur dann demokratisch und sozial, wenn die Bürgerinnen und Bürger Europas es gestalten können und ihre Vorstellungen und Interessen zum Ausgangs- und Bezugspunkt der europäischen Politik werden. Deshalb sind in Europa eine grundlegende Reform der Institutionen und eine weitgehende Demokratisierung erforderlich.

## **Solidarität**

Die IG Metall will ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und nicht ein Europa der Banken und Konzerne. Daher erklärt sie sich mit den Menschen und Gewerkschaften in Europa solidarisch, die sich friedlich und gewaltlos gegen diese unsoziale und ökonomisch falsche Politik zur Wehr setzen.